



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten vom 01.10.2021 bis 08.10.2021

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Afrika: Hunger und Ernährungsunsicherheit könnten in ganz Afrika zu sozialen Unruhen und Gewalt führen	3
China: Erhöhter Druck vor dem Nationalfeiertag	4
Deutschland: Erntedank-Gaben aus Kirche gestohlen	5
Deutschland: Kauder – Kirchen sollten Christenverfolgung stärker thematisieren	6
Eritrea: 16 Jahre in grausamer Gefangenschaft überlebt	7
Indien: 13 Übergriffe auf christliche Gemeinschaften	8
Indien: Christlicher Teenager stirbt nach Säureangriff in Bihar	9
Indien: Extremisten schikanieren Christen mit Anti-Konversionsgesetzen	10
Indien: Internationaler Tag der Gewaltlosigkeit	11
Indien: Karnataka will neues Anti-Konversionsgesetz einführen	12
Indien: "Evangelical Fellowship of India" beklagt wachsende Gewalt gegen Christen	13
Indonesien: Christ mit muslimischem Hintergrund im Gefängnis brutal verprügelt	14
Iran: Wachsende Kluft zwischen Regime und Bevölkerung	16
Kenia: Kirchen verweigern Politikern den Zugang zur Kanzel	17
Myanmar: Christen in Not	18
Myanmar: Menschen brauchen geistige Nahrung	19
Nordsyrien: Türkei siedelt radikale Muslime in besetzten Gebieten an	20
Pakistan leistet globale Public Relations für Afghanistans Taliban	21
Saudi-Arabien: Weniger Demagogie in Schulbüchern	22
Südsudan: Gewaltsame Zusammenstöße	23
Syrien: Der Sohn eines Scheichs wird ein Kind Gottes	24
Tadschikistan: ICC fordert die Regierung auf, ihre Grenzen für afghanische Flüchtlinge zu öffnen	25
Vietnam: „Gefangener des Monats Oktober“	26
Weltweit: 15 Tage Gebet für die hinduistische Welt	27

Afrika: Hunger und Ernährungsunsicherheit könnten in ganz Afrika zu sozialen Unruhen und Gewalt führen

IIRF-D/BF/Tübingen/07.10.21 Hunger und Ernährungsunsicherheit könnten in Afrika zu mehr sozialen Unruhen, Instabilität und Gewalt führen, heißt es in einem Bericht des in Südafrika ansässigen *Institute for Security Studies* (ISS).

ISS argumentiert, dass Nahrungsmittelknappheit durch "Unterbrechungen der Versorgungskette, Klimaschocks, rapide steigende Rohstoffpreise und Abriegelungen" einen "fruchtbaren Boden für Unruhen" geschaffen hat.

Der Bericht zeigt, dass die unsichere Ernährungslage nicht nur zu Hunger und Auszehrung, sondern auch zu einer erhöhten Wahrscheinlichkeit von Gewalt führt. Dazu gehören islamistischer Terrorismus und die Verfolgung von Christen.

Der ISS zitiert die Ergebnisse der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), wonach die Lebensmittelpreise weltweit so schnell steigen wie seit mehr als zehn Jahren nicht mehr, eine Situation, die die Ärmsten der Welt unverhältnismäßig stark treffen wird.

Die Weltbank schätzt beispielsweise, dass sieben Millionen Nigerianer aufgrund der durch die steigenden Lebensmittelpreise verursachten Inflation in die Armut getrieben wurden.

Dies wiederum erhöht das Risiko von Gewalt in ganz Nigeria, einschließlich dessen, was die Kommission der Vereinigten Staaten für internationale Religionsfreiheit (USCIRF) als "christlichen Völkermord" bezeichnet hat. Der FAO-Ökonom Abdolreza Abbassian meint, dass es nur einen kleinen Funken braucht, um soziale Unruhen und Gewalt zu entfachen. Das können die Lebensmittelpreise, die Energiepreise oder einfach schlechter Regen sein".

Diese Erkenntnisse kommen zu einer Zeit, in der die islamistische Gewalt in vielen Teilen Afrikas bereits zunimmt.

Einem im November 2020 veröffentlichten Bericht des Global Terrorism Index (GTI) zufolge hat sich der Schwerpunkt der Aktivitäten des Islamischen Staates (auch bekannt als ISIS, ISIL oder Daesh) vom Nahen Osten nach Afrika verlagert. GTI erklärt, dass die "Ausbreitung von ISIS-Mitgliedsorganisationen in Afrika südlich der Sahara" zu einem "Anstieg des Terrorismus in vielen Ländern der Region" geführt hat.

Der ISS-Bericht folgt auf einen Oxfam-Bericht vom Juli 2021, in dem berichtet wird, dass insgesamt 155 Millionen Menschen in 55 Ländern von extremer Ernährungsunsicherheit" betroffen sind, während mehr als 520.000 Menschen unter hungerähnlichen Bedingungen" leben - das ist mehr als das Sechsfache der Zahl, die Anfang 2020 von solchen Bedingungen betroffen war.

"Afrikas harte soziale, ökologische, wirtschaftliche und politische Herausforderungen machen es reif für Unruhen", heißt es in dem ISS-Bericht. "Angesichts der prekären Lage, in der sich die afrikanischen Länder befinden, könnte die Ernährungsunsicherheit der Funke sein, der das Pulverfass zum Glühen bringt.

Quelle: Barnabas Fund 4. Oktober 2021

China: Erhöhter Druck vor dem Nationalfeiertag

Überwachung von Christen verstärkt, Pastoren gewarnt

(Open Doors, Kelkheim)/ 01.10.2021 – Der heutige Nationalfeiertag ist für die Volksrepublik China von großer Bedeutung. Perfekt organisierte Feierlichkeiten sollen der Welt die Macht und den Fortschritt des Landes vor Augen führen. Doch dem Feiertag anlässlich der Gründung der Volksrepublik am 1. Oktober 1949 gehen angespannte Wochen für die chinesischen Christen voraus.

Pastoren von den Behörden gewarnt

Bereits in den vergangenen Jahren war der Monat vor dem Nationalfeiertag für die Christen eine Zeit erhöhten Drucks. Gerade in diesem Jahr, in dem die Kommunistische Partei Chinas am 23. Juli ihr 100-jähriges Bestehen gefeiert hat, sind kritische Stimmen unerwünscht. Da der christliche Glaube von der Regierung als potenziell gefährlicher westlicher Einfluss betrachtet wird, erhielten seit Juli immer mehr Pastoren Warnungen durch die Behörden: Sie sollten „sich benehmen“ und „still sein“. Pastoren, die man verdächtigte, sie könnten andere kirchliche Aktivitäten durchführen als unauffällige Sonntagsgottesdienste, erhielten von den Behörden eine „Einladung zum Tee“.

Je näher der Nationalfeiertag rückte, desto häufiger wurden die Anrufe. „Pastoren werden gewarnt, kirchliche Aktivitäten auf ein Minimum zu beschränken und zumindest keine öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen zu organisieren, beispielsweise Versammlungen mit großer Teilnehmerzahl oder solche, bei denen Kirchenleiter aus verschiedenen Regionen zusammenkommen“, berichtet eine lokale Kontaktperson gegenüber Open Doors. „Wenn sich die Gemeinden nicht ‚benehmen‘, besteht die Gefahr, dass ihre Treffen unterbunden werden.“ Die einfachen Gemeindemitglieder dürfte man wohl lediglich verwarnen, ihre Personalien aufnehmen und in seltenen Fällen auf der Polizeiwache verhören. Leiter und Pastoren dagegen müssten mit stundenlangen Verhören rechnen. „Sie könnten sogar für einen Tag oder über Nacht inhaftiert und mit einer Geldstrafe belegt werden. Noch schwerwiegendere Konsequenzen drohen, wenn sich die Kirchen den Behörden widersetzen und Unruhe stiften.“

Christen im Nordwesten besonders unter Druck

Besonders angespannt ist die Situation im islamisch geprägten Nordwesten Chinas. Dort werden Christen muslimischer Herkunft seit Juli intensiv beobachtet. Aktive Christen wurden verhört, einige auch für mehrere Tage inhaftiert. Die Regierungsbeamten schärfen ihnen ein, die Christen aus anderen Orten zu melden, die sie kennen oder treffen. Viele von ihnen stellten daraufhin ihre regelmäßigen heimlichen Treffen ein. Andere in abgelegenen Gebieten treffen sich weiterhin ein- oder zweimal im Monat.

Die Erfahrungen aus den vergangenen Jahren lassen hoffen, dass der Druck auf die Kirchen nach den Feierlichkeiten in der ersten Oktoberwoche wieder etwas nachlässt. Dennoch sind viele Christen durch die seit einigen Jahren zunehmende Verfolgung verunsichert. „Manche Christen haben Angst vor den Behörden, manche wagen es nicht einmal, Gemeindeversammlungen zu besuchen. Trotzdem finden entschiedene Christen weiterhin Wege, sich zu treffen, um Gott anzubeten“, berichtet die Kontaktperson weiter. Auf dem [Weltverfolgungsindex 2021](#) steht [China](#) an 17. Stelle der Länder, in denen Christen am stärksten wegen ihres Glaubens verfolgt werden.

Quelle: [Open Doors](#)

Bitte beten Sie für die Christen in China!

- Beten Sie für die Gemeindeleiter um Weisheit im Umgang mit den Behörden.
- Bitten Sie Jesus Christus um Mut und Kreativität für die Christen, trotz Einschüchterung und Restriktionen das Gemeindeleben fortzuführen.
- Beten Sie, dass die Christen weiter mutig das Evangelium bezeugen und dass dadurch Menschen zu Jesus finden – gerade auch unter den Regierungsbeamten.
- Beten Sie um Schutz für die Christen muslimischer Herkunft im Nordwesten, die besonders unter Druck stehen, und dass sie durch Gottes Wort gestärkt und ermutigt werden.

Deutschland: Erntedank-Gaben aus Kirche gestohlen

Unbekannte plünderten Erntedank-Altar einer Kirche in Kempten

Kempten (IDEA) – Unbekannte haben den Erntedank-Altar der evangelischen St. Mang-Kirche in Kempten (Allgäu) geplündert. Gestohlen wurde etwa die Hälfte der Lebensmittelgaben von Gemeindemitgliedern, mit denen der Altarraum zum Gottesdienst am 3. Oktober geschmückt worden war. Entdeckt hatte den Diebstahl laut Allgäuer Zeitung der Küster der Gemeinde, Mike Uhlig. Als er nach dem Gottesdienst die Kirche am Nachmittag für eine Taufe vorbereiten wollte, seien Eier, Honig, Butter, Schokolade, Mehl oder auch Nudeln, Reis sowie eine Kiste mit Holzscheiten verschwunden gewesen. „Ich hätte heulen können“, so der Küster. Auch Dekan Jörg Dittmar zeigte sich erschüttert. Er wäre davon ausgegangen, dass Menschen in einer Kirche von einer gewissen Ehrfurcht ergriffen werden, die Diebstähle verhindere. Bedürftigkeit als Motiv könne Dittmar noch verstehen. Dann hätten die Lebensmittel ihren Sinn erfüllt, sagte er der Zeitung. Möglicherweise werde die Gemeinde den Diebstahl nicht bei der Polizei anzeigen. Der Täter müsse sich „vor seinem Gott verantworten“, so Dittmar. Ursprünglich sollten die Lebensmittel später einer diakonischen Einrichtung gespendet werden, die ihren Sitz direkt gegenüber der Kirche hat.



Deutschland: Kauder – Kirchen sollten Christenverfolgung stärker thematisieren

Open Doors würdigt den Politiker für seinen Einsatz gegen Christenverfolgung

Berlin (IDEA) – Die beiden großen Kirchen in Deutschland sollten sich stärker für verfolgte Christen einsetzen. Davon ist der langjährige Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, überzeugt. Wie er am 6. Oktober in Berlin bei einer Veranstaltung des christlichen Hilfswerks Open Doors (Kelkheim bei Frankfurt am Main) sagte, ist das Thema der weltweit verfolgten Christen häufig weder der katholischen noch der evangelischen Kirche ein wirkliches Herzensanliegen. Dass Christen in Deutschland und in Europa in Freiheit lebten, sei global betrachtet eher die Ausnahme, so der Politiker: „Nirgendwo auf der Welt gibt es Freiheit, wenn es keine Religionsfreiheit gibt.“ Der Einsatz für verfolgte Christen sei deshalb so wichtig, weil sie „unsere Glaubensgeschwister sind“. Kauder betonte dabei, dass jeder Mensch – auch jeder Flüchtling – ein Ebenbild Gottes sei. Das bedeute nicht, die Grenzen einfach zu öffnen: „Aber wer bei uns angekommen ist, wird behandelt wie ein Ebenbild Gottes.“

Open Doors-Chef: Weltweit 300 Millionen Christen in Bedrängnis

Der Leiter des überkonfessionellen Hilfswerks Open Doors, Markus Rode (Kelkheim), würdigte Kauder als jemanden, der sich nicht von weltlicher Toleranz, sondern von christlicher Nächstenliebe bewegen lasse. Das Ausmaß und die Dynamik der weltweiten Christenverfolgung hätten in den vergangenen Jahren kontinuierlich zugenommen. Weltweit litten rund 300 Millionen Christen unter Bedrückung und Verfolgung, Zehntausende saßen in Gefängnissen und Arbeitslagern. Das erste, worum verfolgte Christen bäten, wäre das Gebet. Der Generalsekretär der Deutschen Evangelischen Allianz, Reinhardt Schink (Bad Blankenburg), sagte, mit seinem klaren Bekenntnis zu Jesus Christus habe Kauder vielen Menschen Mut gemacht: „Damit waren Sie ein Vorbild.“ Der langjährige Beauftragte der Deutschen Evangelischen Allianz am Deutschen Bundestag und am Sitz der Bundesregierung, Wolfgang Baake (Wetzlar), betonte, es sei selten, dass sich ein Spitzenpolitiker so deutlich zum christlichen Glauben bekenne, wie Kauder das getan habe. Zudem erinnerte er an Kauders Mahnung, sich auf das „C“ zurückzubedenken: „Sonst gibt die Union ihre DNA auf.“

Kongress Christenverfolgung vom 14. bis 17. November

Der Leiter der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA, Matthias Pankau (Wetzlar), würdigte Kauder für seinen unermüdlichen Einsatz für verfolgte Christen. Er sei es gewesen, der das Thema an der Basis wie in der großen Politik ins Bewusstsein gehoben habe. Pankau dankte dem Politiker für seinen Einsatz beim von IDEA und dem Christlichen Gästezentrum Schönblick veranstalteten Kongress „Christenverfolgung heute“. Der nächste Kongress findet vom 14. bis 17. November in Schwäbisch Gmünd statt. Er steht unter dem Motto „Christenverfolgung heute – Weltweite Religionsfreiheit, wachsende Kirchen“.

Eritrea: 16 Jahre in grausamer Gefangenschaft überlebt

Twen Theodoras will im Land bleiben und Gott weiterhin unter ihren leidenden Mitbürgern zu dienen.

Eritrea, das zwischen Äthiopien und dem Roten Meer liegt, ist eine brutale Diktatur, in der Hunderte von Christen seit Jahren ohne Gerichtsverfahren inhaftiert sind. Doch vor ein paar Monaten wurden 70 Christen überraschend freigelassen. Darunter war auch die 37-jährige Twen Theodoras, die 16 Jahre lang wegen ihres Glaubens inhaftiert war. Sie hatte die Gefangenschaft in einem Schiffscontainer, die harte Arbeit und die unzureichende Ernährung in einem Arbeitslager überlebt, während sie andere weibliche Gefangene anführte und betreute. Nach ihrer Freilassung weigert sie sich, in ein besseres Land zu fliehen, sondern ist entschlossen, in Eritrea zu bleiben und Gott weiterhin unter ihren leidenden Mitbürgern zu dienen.

AKREF berichtete über die Freilassung von 70 Christen am 9. [Februar 2021](#)

Quelle: Barnabasfund übersetzt und bearbeitet AKREF

Indien: 13 Übergriffe auf christliche Gemeinschaften

Katholiken warnen vor Hassreden: "Es gibt ideologische Plattformen für Gewalt"

Neu Delhi (Fides) - "Die Gewalt in 13 Fällen in den nördlichen Bundesstaaten Indiens ist weder zufällig noch das Werk einzelner Elemente. Es ist das systematisch orchestrierte und synchronisierte Werk zur Einschüchterung der christlichen Gemeinschaft, insbesondere gegen kleine, verletzte und isolierte Gemeinschaften in indischen Bundesstaaten, in denen es immer wieder zu gezielter Gewalt kommt", so der katholische Schriftsteller und Journalist John Dayal, ehemaliger Präsident der „All India Catholic Union“ gegenüber Fides zu dem "schwarzen Tag" am vergangenen Sonntag, den 3. Oktober, an dem 13 Übergriffe auf christliche Gemeinschaften verzeichnet wurden. Dayal zufolge wird die Gewalt ausgelöst durch „die öffentlich geäußerten Drohungen von Elementen extremistischer Gruppen wie der Sangh Parivar, die dazu aufrufen, den indischen christlichen und muslimischen Gemeinschaften ihre Staatsbürgerrechte zu entziehen". "Die Situation ist besorgniserregend, weil hochrangige politische Autoritäten wie Minister auf Bundes- und Landesebene und Mitglieder der Bharatiya Janata Party (BJP), der Partei in der Bundesregierung, offen zu Gewalt aufrufen und die Menschen lehren, Bauern, Adivasi (Stammesangehörige), Dalits und religiöse Minderheiten als Staatsfeinde zu betrachten", stellt Dayal fest: "Dies ist eine alarmierende Situation, die Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Meinungsfreiheit sowie Religions- und Weltanschauungsfreiheit bedroht", warnt er.

Der Koordinator des „United Christian Forum“ und ehemaliges Mitglied der Minderheitenkommission in Delhi, A.C. Michael, ein katholischer Laie, fügte hinzu: "Die Politik in Indien hat einen allgemeinen Niedergang erlebt. Unsere Politiker äußern Worte und Phrasen, die die Gefühle der Menschen verletzen oder zu Spaltung und Diskriminierung führen. Ich denke, es ist die Pflicht und die Verantwortung der Regierung des Landes, die nationale Harmonie in den Vordergrund zu stellen und Worte zu sprechen, die die Gesellschaft vereinen, anstatt Hass zu schüren".

A. C. Michael geht insbesondere auf den Vorfall in Roorkee, Uttarakhand, ein, wo etwa 500 Extremisten in eine Halle eindrangen, in der sich 15 Gläubige zum Sonntagsgebet versammelt hatten, und Christen angriffen und verletzten, von denen sich einer in kritischem Zustand im Krankenhaus befindet: "Dies ist das Ergebnis unverantwortlicher Äußerungen einiger Einzelpersonen und politischer und gesellschaftlicher Gruppen, die religiösen Hass schüren. Es gibt Organisationen, die offenbar ideologische Plattformen für Gewalt bieten", stellt er fest. "Diese Leute verbreiten die unbegründete und unwahre Propaganda, dass Christen mit betrügerischen Mitteln religiöse Bekehrungen durchführen, eine Behauptung, die von den Gerichten wiederholt zurückgewiesen wurde. Ich möchte darauf hinweisen, dass bis heute noch kein Gericht einen Christen für schuldig befunden hat, jemanden mit betrügerischen Mitteln bekehrt zu haben", schließt Michael. Die Christen in Indien machen 2,3 % (29 Millionen) der rund 1,3 Milliarden Einwohner aus, von denen die große Mehrheit Hindus sind.

(SD-PA) (Fides 5/10/2021)

Indien: Christlicher Teenager stirbt nach Säureangriff in Bihar

IIRF-D/BF/Tübingen/07.10.21 - in christlicher Teenager, der nach einem Säureangriff in Gaya im indischen Bundesstaat Bihar Verbrennungen von bis zu 70 Prozent seines Körpers erlitten hatte, starb am Sonntag, den 26. September, im Krankenhaus.

Der Angriff und der anschließende Tod des jungen Kirchenleiters Nitish Kumar wurden von Kontaktpersonen des Barnabas Fund bestätigt.

Die Familie von Nitish glaubt, dass der Angriff von radikalen Hindutva-Nationalisten verübt wurde, um Nitishs Weigerung, die täglichen Gebetstreffen in seinem Haus zu beenden, zu rächen. Die Polizei geht jedoch davon aus, dass es sich um einen Selbstmord handelte.

Sanjeet, der ältere Bruder des Opfers, sagte, dass Nitish am 11. August gegen 6.30 Uhr morgens Gemüse auf dem örtlichen Markt kaufen wollte. "Er hatte kaum 750 Meter zurückgelegt, als drei Männer auf einem Motorrad Säure auf ihn warfen", so Sanjeet. "Er fing an zu brennen und rannte schreiend zurück."

Der Stationsbeamte der örtlichen Polizeistation Mahkar behauptete, Nitish habe sich aufgrund eines Familienstreits selbst verbrannt.

"Wir haben Nachforschungen angestellt. Es war das Ergebnis eines Familienstreits", sagte der Beamte. "Das Opfer trug langes Haar und seine älteren Brüder schnitten es gewaltsam ab ... er zündete sich an und erlitt Verbrennungen."

Diese Behauptungen wurden von Nitishs Familie energisch bestritten. "Das ist nicht wahr", sagte Ranjeev, ein weiterer Bruder von Nitish. "Einige Leute haben Säure auf ihn geworfen. Wir wollten eine Anzeige erstatten und sind zur Polizeiwache gegangen, aber die Polizei war nicht hilfsbereit."

Dr. Kamod Narayan Tiwary, Besitzer des Krankenhauses, in dem Nitish behandelt wurde, berichtete: "Als ich den Jungen sah, hatten 70 Prozent seines Körpers Verbrennungen. Beide Hände, sein Rücken, Teile der Brust, beide Oberschenkel und ein Bein wiesen schwere Verbrennungen auf, die offenbar durch Säure oder eine ähnliche Chemikalie verursacht worden waren."

Ranjeev fügte hinzu, dass die Drohungen gegen die Familie, die im Juli begannen, seit dem Angriff zugenommen hätten.

Ein indischer Kirchenleiter erklärte gegenüber dem Barnabas Fund, dass Bihar bisher nicht für antichristliche Gewalt bekannt gewesen sei, und fügte hinzu: "Ich bin besorgt, dass dies zu einem Modell für Angriffe wird, dem andere folgen könnten. Christen in kleineren Gemeinden werden immer anfälliger für solche Angriffe".

Im Juli 2021 warnte die Evangelical Fellowship of India vor zunehmender gezielter und kommunaler Gewalt gegen Christen in ganz Indien.

Quelle: Barnabas Fund 4. Oktober 2021

Indien: Extremisten schikanieren Christen mit Anti-Konversionsgesetzen

IIRF-D/BF/Tübingen/07.10.21 - Extremisten nutzen weiterhin Anti-Bekehrungsgesetze, um Kirchenführer und andere Christen zu schikanieren.

1) Am 28. September wurde ein Pastor in Himachal Pradesh unter dem Vorwurf verhaftet, er habe versucht, durch Gewalt und Bestechung Bekehrte zum Christentum zu gewinnen.

Pastor Charlie John wurde wegen des Verdachts verhaftet, gegen das Gesetz von Himachal Pradesh verstoßen zu haben, das die Bekehrung durch Gewalt, Betrug oder Verführung verbietet.

Pastor Charlie John und zwei Brüder, beide Christen, wurden verhaftet, nachdem eine Gruppe von Extremisten ihnen befohlen hatte, das Verteilen von Bibeln und Flugblättern in der Stadt Rampur in Himachal Pradesh einzustellen.

Der Pastor bestritt, dass er Gewalt oder Bestechung angewandt habe, um Konvertiten zu gewinnen, und erklärte: "Ich habe nur die Bibel angeboten und sie denjenigen gegeben, die die Gute Nachricht freiwillig annahmen."

"Jemand lehnte das Evangelium ab, das ich ihm gab, und ich habe nicht darauf bestanden", fügte er hinzu. "Was wir tun, ist, die Gute Nachricht mit den Menschen zu teilen, ihnen von Jesus zu erzählen, aber ohne jemanden zu zwingen, sich zu bekehren. Die gegen mich erhobenen Anschuldigungen sind völlig falsch - ich habe niemals Geld für die Bekehrung von Menschen angeboten."

2) Am folgenden Tag stürten radikale Hindutva-Nationalisten in Madhya Pradesh eine christliche Hochzeitszeremonie mit der Behauptung, die Braut sei unrechtmäßig vom Hinduismus konvertiert.

In Madhya Pradesh hat die Polizei keine Anklage gegen das Paar oder einen der Hochzeitsgäste erhoben, wird aber aufgrund der Beschwerden der radikalen Hindutva-Nationalisten weiter ermitteln.

"Das frisch verheiratete Paar sind Christen, und ihre Hochzeitsfeier wurde aufgrund einer falschen Behauptung der religiösen Konversion gestört", sagte Patras Savil, ein örtlicher Pastor.

Sajan K. George, Präsident des Globalen Rates der indischen Christen, bezeichnete die Anti-Konversionsgesetze als "ein Instrument zur Verfolgung unschuldiger Christen".

Himachal Pradesh und Madhya Pradesh sind zwei von neun indischen Bundesstaaten, die das Anwerben von Konvertiten durch Gewalt, Betrug oder Verlockung unter Strafe stellen. Der zehnte Bundesstaat, Karnataka, behandelt Bekehrungsaktivitäten bereits als illegal und plant die baldige Einführung eines Gesetzes.

Ein indischer Rechtsexperte hat argumentiert, dass "ein Verbot von Konversionen, die durch irgendeine Art von Gewinn motiviert sind, de facto ein Verbot aller Konversionen ist", wodurch Indiens verfassungsmäßige Verpflichtung zur Religionsfreiheit ausgehebelt wird.

Quelle: Barnabas Fund 4. Oktober 2021

Indien: Internationaler Tag der Gewaltlosigkeit

Indische Christen laden zum ökumenischen Gebet ein

Neu-Delhi (Fides) – Am Geburtstag von Mahatma Gandhi begehen indische Christen aller Konfessionen am 2. Oktober, der von den Vereinten Nationen auch als "Internationaler Tag der Gewaltlosigkeit" begangen wird, einen gemeinsamen Gebetstag. "Unsere Nation braucht ein intensives Gebet, da wir einen kritischen Moment in der Geschichte Indiens erleben", so Bischof Thottumarickal von Indore und einer der Leiter des "United Christian Prayer for India" (UCPI), einem überkonfessionellen Netzwerk christlicher Gemeinschaften, gegenüber Fides. Der Bischof lädt die Gläubigen ein, sich an die Figur des "Mahatma" als "authentische Seele Indiens" zu inspirieren: "Als Gläubige der Kirchen der ganzen Nation wollen wir für die politischen Verantwortlichen beten".

Bischof Thottumarickal zufolge funktioniert das Gebet als Instrument, um die Menschen einzubinden: Es wird deshalb auch empfohlen, es vorzugsweise an einem öffentlichen Ort abzuhalten, d.h. außerhalb des Kirchengebäudes, und dazu politische Führer und lokale Regierungsbeamte einzuladen, wie z.B. lokale Regierungsbeamte und Mitglieder von Nichtregierungsorganisationen, insbesondere solche, die sich für die Armen einsetzen. "Da wir den 2. Oktober, den Geburtstag Gandhis, einer weltweiten Ikone der Gewaltlosigkeit, feiern, bitten wir darum, ökumenische Gebetstreffen mit Christen verschiedener Konfessionen zu planen", so Bischof Thottumaricka. Auch Mitglieder anderer Religionsgemeinschaften seien willkommen. "Indien, mit all seiner Vielfalt, braucht das Gebet, um das Zusammenleben, die Liebe und die Geschwisterlichkeit zwischen allen Bürgern zu fördern", schließt er.

Im Jahr 2014 brachten indische Christen das UCPI-Netzwerk auf den Weg, um gemeinsam für das Land und dessen Politiker zu beten.

(SD-PA) (Fides 1/10/2021)

Indien: Karnataka will neues Anti-Konversionsgesetz einführen

IIRF-D/BF/Tübingen/07.10.21 - Basavaraj Bommai, Ministerpräsident von Karnataka, Mitglied der Bharatiya Janata Party (BJP), behauptet, dass Konversionen, die mit Gewalt, Betrug oder Verlockung durchgeführt werden, im ganzen Bundesstaat "weit verbreitet" sind. Er bestätigte am 28. 9., dass die Regierung des Bundesstaates ein neues Anti-Konversionsgesetz plant.

Bommai kündigte außerdem an, dass er die lokalen Behörden in Karnataka bereits angewiesen habe, solche "illegalen" Konversionen zu unterbinden, was darauf hindeutet, dass Konversionsaktivitäten bereits vor der Verabschiedung eines Gesetzes kriminalisiert werden könnten.

"Zwangskonvertierungen sind inzwischen weit verbreitet", so Bommai. "Ich habe die Bezirksverwaltungen angewiesen, keine religiösen Bekehrungen durch Verführung oder Gewalt zuzulassen, da sie illegal sind."

Zuvor, am 24. September, war eine Gruppe von Kirchenführern aus Karnataka mit Bommai zusammengetroffen, um ihren Widerstand gegen ein Anti-Konversionsgesetz zum Ausdruck zu bringen und zu behaupten, dass die Anschuldigungen über Zwangskonversionen in diesem Bundesstaat "böswillig" und "unwahr" seien.

Die Kirchenführer argumentierten, dass ein Antikonversionsgesetz zu "unnötigen kommunalen Problemen und Unruhen" führen würde.

Dagegen erklärte ein Mitglied der gesetzgebenden Versammlung von Karnataka, Devanand Fulasing Chavan, dass "Kirchen entstehen und Menschen bekehrt werden, was zur Spaltung der Gemeinschaft führt".

Wenn ein solches Gesetz verabschiedet wird, wäre Karnataka der zehnte indische Bundesstaat, der Bekehrungen durch Gewalt, Betrug oder Verführung unter Strafe stellt.

Christen werden oft fälschlicherweise beschuldigt, sie würden versuchen, Konvertiten auf unrechtmäßige Weise zu gewinnen. Am 10. September störte eine Gruppe radikaler Hindutva-Nationalisten ein Gebetstreffen in einer Kirche in der Stadt Karkala im Bezirk Udupi, Karnataka, und behauptete, der Pastor führe unrechtmäßige Bekehrungen durch. Die Polizei verhörte den Pastor zu diesem Vorwurf, obwohl Karnataka noch kein Gesetz gegen Bekehrungen erlassen hat.

Gewalt, Einschüchterung und falsche Anschuldigungen gegen kirchliche Amtsträger nehmen in Indien zu, was auf die "falschen Erzählungen" zurückzuführen ist, die von radikalen nationalistischen Hindutva-Gruppen gegen Christen verwendet werden.

Quelle: Barnabas Fund 4. Oktober 2021

Indien: "Evangelical Fellowship of India" beklagt wachsende Gewalt gegen Christen

"Opfer sind meist Randgruppen"

Neu Delhi (Fides) - An einem einzigen Tag, am vergangenen Sonntag, den 3. Oktober, kam es in den Bundesstaaten Uttarakhand, Haryana, Uttar Pradesh, Chhattisgarh und Madhya Pradesh sowie in der Hauptstadt Neu Delhi zu mindestens 13 Gewalttaten und Drohungen gegen christliche Gemeinschaften von Seiten der Mitglieder radikaler Hindu-Gruppen. Dies beklagt die Kommission für Religionsfreiheit der "Evangelical Fellowship of India" (EFI), einer Organisation, in der sich die Gemeinschaften und Konfessionen evangelikaler christlicher Gemeinden zusammenschließen.

"Wir verurteilen unmissverständlich die bedauerlichen Angriffe auf Kirchen und Christen. Die Mitglieder der Sangh Parivar (hinduistische Extremistengruppe), die für diese kriminellen Handlungen verantwortlich sind, müssen unverzüglich vor Gericht gestellt und angemessen bestraft werden, damit sie ihre gewalttätigen und verfassungswidrigen Aktivitäten einstellen", so der Jesuitenpater Cedric Prakash, der sich für Menschenrechte und Religionsfreiheit einsetzt, gegenüber Fides. "Niemand hat das Recht, das Gesetz nach Belieben anzuwenden. Außerdem hat jeder Bürger nach der Verfassung das Grundrecht, die Religion seiner Wahl frei zu predigen", erklärte er. Der Jesuit stellte fest, dass die Situation in den nördlichen Teilen Indiens "die Gewalt zunimmt: die Opfer sind immer religiöse Minderheiten und marginalisierte Gemeinschaften wie Bauern und Dalits".

(SD-PA) (Fides 5/10/2021)

Indonesien: Christ mit muslimischem Hintergrund im Gefängnis brutal verprügelt

IIRF-D/BF/Tübingen/07.10.21 - Muhammad Kace, der früher ein islamischer Geistlicher war, wurde im August 2021 wegen YouTube-Videos verhaftet, in denen er den Islam und seine Lehren kritisiert.

Im Gefängnis angegriffen wurde er in den frühen Morgenstunden des 26. August. Sein Anwalt sprach von "Mordversuch und Folter", bei dem Kace gezwungen wurde, vergiftetes Wasser zu trinken und ihm menschliche Exkremente auf Gesicht und Körper geschmiert wurden.

Unter den Angreifern war auch der ehemalige Leiter der internationalen Abteilung der indonesischen Polizei, Napoleon Bonaparte, der derzeit eine vierjährige Haftstrafe wegen Korruption verbüßt.

Bonaparte bekannte sich später zu dem Angriff und erklärte: "Jeder kann mich beleidigen, aber nicht meinen Allah, den Koran, den Heiligen Propheten und das Glaubensbekenntnis des Islam. Daher verpflichtete ich mich, mit aller Härte gegen diejenigen vorzugehen, die es wagen, dies zu tun".

Kaces Anwalt behauptet jedoch, dass auch Gefängnisbeamte bei dem Angriff und dem Versuch, ihn zu vertuschen, eine Rolle gespielt haben. Die Videoüberwachung in dem Raum, in dem Kace angegriffen wurde, sei abgeschaltet worden und die Zellenwächter seien vorzeitig vom Dienst entlassen worden.

Die Gefängnisbeamten hinderten Kaces Anwalt daran, ihn am Nachmittag des 26. August zu besuchen, indem sie behaupteten, er müsse sich aufgrund der Covid-19-Protokolle 14 Tage lang selbst isolieren.

Nach zwei Wochen durften Kace' Anwälte und sein Sohn ihn sehen. "Er hatte einen Bluterguss am linken Arm", sagte sein Sohn. "Er hatte einen blauen Fleck auf dem Rücken. Er sagte mir: 'Wahrscheinlich ist meine Rippe gebrochen'."

Kace' Anwalt Kamaruddin Simanjuntak erklärte, dass Kace nach dem Angriff ohne Rechtsbeistand verhört wurde und ihm zunächst jegliche Behandlung verweigert wurde.

In Indonesien, dem Land mit der größten muslimischen Bevölkerung der Welt, hat sich in den letzten Jahren eine hartgesottene islamische Ideologie durchgesetzt.

Simanjuntak sagte auch, dass die Gefängnisbehörden mehrere Wochen lang versucht hätten, den Vorfall zu vertuschen, während sie behaupteten, Kace sei in Isolationshaft. "Sie sagten alle, dass unserem Mandanten nichts passiert sei - er wurde nicht einmal angefasst."

"Nachdem wir aufgedeckt hatten, dass dies nicht der Fall war", fügte er hinzu, "scheinen Ermittler und hochrangige Beamte darum zu konkurrieren, Aussagen zu veröffentlichen, dass in ihrem eigenen Haftzentrum gefoltert wurde."

Das Anwaltsteam von Kace hat mehrere Schlüsselfiguren angeschrieben, darunter die Chefs der Cyber Division und der Criminal Investigation Agency. Sie haben auch an den nationalen Polizeichef Listyo Sigit Prabowo - selbst Christ - geschrieben und ihn gefragt, warum Bonaparte und andere anscheinend als eine zügellose "Religionspolizei" agieren.

Das Anwaltsteam hat sich auch schriftlich an die Nationale Menschenrechtskommission gewandt. "Dies ist ein außergewöhnliches Verbrechen gegen die Menschenrechte", fügte Simanjuntak hinzu. "Sie [die Kommission] müssen etwas unternehmen."

Simanjuntak erklärte, dass Kaces Bemerkungen über den Islam nicht aus dem Wunsch heraus entstanden seien, Anstoß zu erregen, sondern als Antwort auf muslimische Kommentatoren, die sich ohne rechtliche Konsequenzen beleidigend über das Christentum geäußert hätten, darunter Ustad Abdul Somad, der erklärt habe, dass christliche Kreuze "infidel Dschinn" also eine Art unsauberen Geist, enthielten.

Das Recht auf Gegendarstellung ist ein gesetzliches Recht, das in Artikel 1, Abschnitt 11 des indonesischen Pressegesetzes von 1999 verankert ist.

Kaces Anwaltsteam argumentierte auch, dass er ungerechtfertigt diskriminiert worden sei. Während Kace schnell verhaftet wurde, nachdem Anschuldigungen gegen ihn erhoben wurden, wurden weder Somad noch andere muslimische Kommentatoren, die sich beleidigend über Christen geäußert haben, verhaftet oder angeklagt. Darüber hinaus war die Verhaftung von Kace rechtswidrig, da ihm keine Zeit eingeräumt wurde, sich einen Rechtsbeistand zu nehmen und seine Verteidigung im Voraus vorzubereiten.

Simanjuntak kam zu dem Schluss, dass Kace "nun zur Zielscheibe" für weitere Angriffe werde, da der Vorfall im Gefängnis außergerichtliche Gewalt legitimiere. Er bekräftigte seine Absicht, einen Appell an den indonesischen Präsidenten Joko Widodo zu richten.

Präsident Joko hat Maßnahmen zur Bekämpfung des Islamismus ergriffen und unter anderem zwei islamische Hardliner-Organisationen (Hizbut Tahrir Indonesia und Islamic Defenders Front) aufgelöst.

In den letzten Jahren ist jedoch in Indonesien insgesamt ein Anstieg der islamistischen Ideologie zu verzeichnen. Im Juli wurde eine Gruppe muslimischer Schulkinder im Alter zwischen fünf und zwölf Jahren beschuldigt, Gräber auf einem christlichen Friedhof in Surakarta in der Provinz Zentraljava geschändet zu haben. Im August wurde berichtet, dass die Behörden in Aceh, einer indonesischen Provinz, in der die Scharia (islamisches Recht) gilt, Christen den Wiederaufbau von Kirchengebäuden verweigern, die 2015 abgerissen wurden.

Quelle: Barnabas Fund 4. Oktober 2021

Iran: Wachsende Kluft zwischen Regime und Bevölkerung

International Christian Concern/01.10.2021 - Die islamische Hardliner-Regierung im Iran sieht sich einer wachsenden Kluft zwischen dem Regime und der Bevölkerung gegenüber, die durch die schlechte Menschenrechtslage, die Entfremdung und die Verletzung der Religionsfreiheit noch verstärkt wird. Das Misstrauen der Bevölkerung gegenüber dem Regime hat in den letzten 40 Jahren stark zugenommen. Die Freiheiten der Kinder religiöser Minderheiten werden systematisch eingeschränkt, und das öffentliche Engagement in den staatlichen Institutionen ist recht gering.

Laut einem kürzlich in Geopolitics veröffentlichten Artikel gaben 71 Prozent der Iraner an, dass sie keine bestimmte politische Gruppierung unterstützen. Die Präsidentschaftswahlen 2021 wurden weitgehend boykottiert, und nur 22 Prozent der Befragten gaben an, dass sie sich "sehr engagiert" beteiligten. In der Umfrage wurden immer wieder Zahlen genannt, die auf ein geringes Vertrauen und ein geringes Engagement der Iraner schließen lassen. Nur 22 Prozent gaben an, dass sie sich wenig bis sehr wenig an religiösen Aktivitäten beteiligen.

Die Kinder religiöser Minderheiten im Iran (in erster Linie Christen und Baha'is) sind zusätzlichen Diskriminierungen ausgesetzt. Dies ist der Fall bei Lydia, die von christlichen Eltern adoptiert wurde. Dennoch wurde sie ihnen weggenommen, weil sie vom Staat als Muslima angesehen wird. Kinder im Schulalter erleben auch in ihrer Schulbildung Verfolgung, da sie in den Klassenzimmern nach Glaubensrichtungen getrennt werden und weil Intoleranz gegenüber anderen Glaubensrichtungen als dem schiitischen Islam in alle Aspekte des Unterrichts sich manifestiert. Ab dem Alter von sieben Jahren müssen alle Mädchen in der Öffentlichkeit einen Hijab/Tschador tragen, unabhängig von ihrem Glauben.

Die wachsende Kluft zwischen der Wählerschaft Irans und dem extremistischen Regime wird im Bereich der Religionsfreiheit noch verstärkt.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Kenia: Kirchen verweigern Politikern den Zugang zur Kanzel

Nur die Methodisten haben sich dem Verbot nicht angeschlossen

Nairobi (IDEA) – Die meisten Kirchen in Kenia verwehren Politikern zukünftig den Zutritt zur Kanzel. Als Begründung wird angeführt, dass politische Reden während des Gottesdienstes diesen verächtlich machten. Laut Medienberichten haben bisher unter anderem die Anglikanische Kirche von Kenia, die römisch-katholische Kirche, die Presbyterianische Kirche von Ostafrika und die Evangelische Allianz von Kenia ein entsprechendes Verbot erlassen. Es handelt sich um eine Reaktion auf das Verhalten zahlreicher Politiker. Sie versuchten, die in dem Land aufgrund der Corona-Krise geltenden Hygienebeschränkungen zu umgehen, indem sie während des Gottesdienstes zu ihren Wählern gesprochen haben. Hintergrund sind die anstehenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Jahr 2022. Der Vorsitzende der Evangelischen Allianz, Bischof David Oginde, und deren Generalsekretär, Nelson Makanda, warnten davor, die Kirchen für politische Aktivitäten zu missbrauchen. Ein solches Verhalten verletze die Rechte anderer Gottesdienstbesucher. Das Oberhaupt der anglikanischen Kirche in Kenia, Erzbischof Jackson Ole Sapit, erklärte zu seiner Entscheidung, Politikern den Zugang zur Kanzel zu verwehren: „Jeder ist in den Kirchen willkommen, aber die Kirchenbänke und Kanzeln gehören uns.“ Die Kanzeln seien für die Geistlichen und die Kirchenbänke für alle Gläubigen. Die (katholische) Kenianische Bischofskonferenz erklärte ebenfalls, dass die Kirchen keine politischen Arenen seien. Die Politiker sollten die Gottesdienste wie alle anderen Gläubigen besuchen. Auch der Vorsitzende des Obersten Rats der kenianischen Muslime, Scheich Hassan Ole Naado, hält das Vorgehen der Kirchen für sinnvoll. Ein solches Verbot sei „längst überfällig“, auch wenn die Muslime mit diesem Problem momentan nicht konfrontiert seien.

Methodisten: Auch Politiker sind willkommen

Die Methodistische Kirche hat sich dem Verbot jedoch nicht angeschlossen. Deren Bischof, Joseph Ntombura, erklärte dazu, dass seine Kirche die Intention des Verbots nicht grundsätzlich ablehne. Allerdings wolle man dazu einen anderen Ansatz wählen. Wenn die Kirchen den Politikern ihre Türen versperrten, käme das einer Diskriminierung von Teilen ihrer eigenen Mitglieder gleich. Dem Nachrichtendienst „Religion News Service“ (RNS) sagte Ntombura dazu: „Die Kirche ist für alle Menschen da.“ Da der Mensch ein politisches Wesen sei, sei es nicht falsch, Politiker in die Kirche einzuladen, so Ntombura. In der Vergangenheit habe die Kirche des Öfteren Experten eingeladen, die die Gläubigen über wichtige Themen aufgeklärt hätten. Er verstehe deshalb nicht, weshalb das nicht auch für Politiker gelten sollte, von denen einige sogar Pastoren seiner Kirche seien. In Kenia sind 85 Prozent der 48 Millionen Einwohner Kirchenmitglieder und elf Prozent Muslime.

Myanmar: Christen in Not

Wie geht es den Christen in Myanmar (früher Burma) nach dem Militärputsch? Ein Beitrag von Traugott Farnbacher für Idea. Er war Referatsleiter für Pazifik und Ostasien in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern.

Obwohl der Militärputsch (1. Februar) in Myanmar für Millionen Menschen Anarchie bringt, findet diese Notlage in unseren Medien kaum mehr Beachtung. Die Lebensmittelversorgung, das Gesundheits- und Bildungswesen Myanmars sind zusammengebrochen. Brach liegen auch die Infrastruktur, Dienstleistungen und das Finanzwesen. Fast nur noch bei den Militärs findet sich „Arbeit“. Die Nationale Einheitsregierung (NUG) der rechtmäßig Gewählten im Exil hat für Myanmar den Notstand ausgerufen, ist jedoch gelähmt.

Unterdrückung und Perspektivlosigkeit

In einem ersten digitalen Austausch seit dem Putsch mit Verantwortlichen der lutherischen **Mara Evangelical Church** (MEC/Evangelische Kirche der Mara) erfahren wir MEC-Freunde viel über die aktuelle Not: Zum einen breitet sich in dem zu 90 Prozent christlichen Chin-Staat, in dem die Mara vor allem leben, Corona aus. Viele starben, unter ihnen über 150 Pastoren. Es fehlt an Schutzausrüstung und Impfstoffen.

Große Sorgen bereiten sich wegen Unterdrückung und Perspektivlosigkeit bildende Widerstandsgruppen. Die Militärs sind überall präsent. Unkontrollierbare Eskalationen stehen bevor. Angst und Gewalt bestimmen den Alltag. Die Christen befürchten einen landesweiten Bürgerkrieg. Laut dem „Barnabas Funds“ veranstaltete das Militär in den Chin-Dörfern Taal, Chat und Falam Kirchen, vernichtete Bibeln und Gesangbücher, zerstörte Tierhaltungen und verprügelte Bewohner. Über 100 Zivilisten aus der Chin-Region wurden seit dem Putsch getötet. Die Militärs fackelten einige Dörfer, auch Städte in Chin teils oder ganz ab. Auch die christlich geprägten Staaten Kachin und Karen erleben Wellen von Gewalt. Wegen der Notlagen haben MEC-Verantwortliche für ihre Gemeinden ein Dutzend regionaler Friedensausschüsse gebildet: Auch wenn Dialoge zwischen NUG und Junta derzeit unmöglich sind, verhandelt man lokal, um Gemeinden, Güter und Leben zu retten: Der MEC-Zentralort Lailenpi und andere Kommunen sollen kampffreie Zonen bleiben.

Indien lässt offiziell keine Myanmar-Flüchtlinge ins Land, auch wenn dort bereits etwa 20.000 unter erbärmlichen Umständen um ihr Überleben ringen, darunter Hunderte MEC-Mitglieder.

Bitte betet!

Auch wenn die MEC wegen der Corona-Krise keine Gottesdienste und andere Veranstaltungen anbieten kann, so hat die Kirchenleitung doch reagiert: Täglich werden in größeren Gemeinden per Lautsprecher Mutmach-Andachten abgehalten. Die MEC hatte den September zum „Erweckungsmonat“ erklärt: Alle Mitgliedsfamilien der rund 200 Gemeinden haben jeden Morgen häusliche Gebetszeiten. Unter Leitung der Ältesten treffen sich Kleingruppen in jeder Kirche zu Gebet und Stärkung des Glaubens in schlechten Zeiten – mit der Hoffnung, Gott möge die Not wenden. Eine Abteilung der MEC erarbeitet eine Strategie für Ernährung in der Krise. Die MEC hat kürzlich in Lailenpi ein eigenes Krankenhaus unter dem Namen „Golgatha“ zur Akuthilfe errichtet. Die Christen bitten uns, für sie zu beten: für ihr geistliches Leben, die Covid-Bekämpfung, Bewahrung vor einem flächendeckenden Bürgerkrieg, Grundversorgung, Freilassung politischer Gefangener. Man ersehnt sich eine geistliche Solidarität der Ökumene. An die vor zehn Jahren unter Schirmherrschaft des „Mekong Mission Forum“ gegründete Föderation der vier lutherischen Kirchen in Myanmar werden Mittel von Auslandspartnern geleitet. Auf privater Basis leiten auch wir als MEC-Freunde – vermittelt über eine Gemeinde der Landeskirche in Braunschweig – Geldmittel an die MEC weiter.

Einwohner Myanmar: 57 Millionen

Buddhisten: 88 Prozent

Christen: 6 Prozent

Muslime: 4 Prozent

Hindus u. a.: 2 Prozent

Myanmar: Menschen brauchen geistige Nahrung

Loikaw (Fides) – In den verschiedenen Gebieten Myanmars, die von der Pandemie und dem anhaltenden Konflikt zwischen der regulären Armee und den Widerstandskräften (Poeple Defence Forces) geprägt sind, fehlt es den Menschen, darunter auch Christen an den notwendigen Mittel zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts und sie verstecken sich oft aus Angst, ins Kreuzfeuer zu geraten. Pater Celso Ba Shwe, Apostolischer Administrator von Loikaw im Bundesstaat Kayah im Osten des Landes, beschreibt die Situation wie folgt: "Zusätzlich zur Pandemie hat die derzeitige politische Krise die Lebenssituation unseres Volkes verschlechtert. Die Menschen leben in Angst und Ungewissheit. Wir müssen jederzeit mit Bomben rechnen und hören Schüsse. Bewaffnete Männer können unerwartet in Wohnungen eindringen und Erwachsene, Jugendliche und Heranwachsende unter dem Vorwurf verhaften, sie stünden in Verbindung mit illegalen Gruppen oder Vereinigungen. Sie können Menschen auf der Straße anhalten und deren Handys überprüfen. Die Kämpfe finden vor den Toren der Stadt und in den Nachbargemeinden statt. Angesichts dieser Situation unserer christlichen Gemeinden und der wachsenden Zahl von Binnenvertriebenen haben wir seit Mai mehr als 300 Vertriebene in unserer Kathedrale untergebracht". Der Priester fuhr fort: "Seit der zweiten Juliwoche hat die dritte Welle der Pandemie den Staat Kayah erreicht. Viele meiner Gemeindemitglieder sind infiziert und einige sind an bereits Covid 19 gestorben. In den vergangenen Wochen wurden mehr als 50 Evakuierte, die bei uns wohnen, positiv getestet, und wir mussten eine Quarantäne verhängen und unsere Kirche für andere Gemeindemitglieder vollständig schließen". „Doch angesichts dieser Situationen sind die Menschen nicht nur hungrig und durstig nach Nahrung, sondern auch nach geistiger Nahrung“, betont er. „Wir versuchen mit allen Mitteln, die Menschen zu erreichen, um ihnen Trost und Hoffnung zu geben. Also starteten wir eine eucharistische Prozession durch die verschiedenen Stadtteile und verteilten Gebetszettel und Gedanken zum Evangelium. Oft feiern wir auch die Messe und teilen die heilige Kommunion aus: Das bedeutet den Menschen sehr viel, es tröstet sie sehr. Viele andere verfolgen die Messe per Live-Streaming aus der Kathedrale". Die Gläubigen begrüßten die Anwesenheit des Priesters mit Freude, schätzten seinen Mut und seine Nähe und dankten ihm, denn "wie ein guter Hirte kommt er, um uns geistlichen Trost zu spenden und riskiert dabei sein Leben", sagten sie.

Zu den Werken der Barmherzigkeit der Ortskirche in Loikaw gehört die "Compassion Clinic", eine von der örtlichen katholischen Gemeinde betriebene Einrichtung, die Patienten unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit, Religion oder ihrem sozialen Status aufnimmt und behandelt. Ordensleute, Nonnen, Krankenschwestern und freiwillige Laien arbeiten dort und bieten ihre Dienste an, um die Schmerzen der Patienten zu lindern, und das in einer Zeit, in der die Nation große Qualen erleidet.

(PA) (Fides 4/10/2021)

Nordsyrien: Türkei siedelt radikale Muslime in besetzten Gebieten an

Menschenrechtler: Jesiden und Christen mussten vor Gewalt fliehen

Göttingen (IDEA) – Die Türkei siedelt in den in Nordsyrien besetzten Gebieten radikale sunnitische Muslime an, um dort ihre Position zu festigen. Das berichtet die Gesellschaft für bedrohte Völker (Göttingen). Anlass ist die Invasion türkischer Truppen vor zwei Jahren (9. Oktober). Laut der Menschenrechtsorganisation wurde die ethnische und religiöse Vielfalt in der Region durch die Besetzung zerstört. Alle jesidischen und christlich-orthodoxen Familien hätten vor der Gewalt der türkischen Armee und ihrer islamistischen Verbündeten fliehen müssen. „Der türkische Präsident Erdogan hat in Nordsyrien Fakten geschaffen, die mit jedem weiteren Tag der Besatzung schwerer umzukehren sind“, erklärte der Nahostexperte der Organisation, Kamal Sido. Hunderttausende Vertriebene, darunter Jesiden, Kurden, assyrisch/aramäische sowie armenische Christen lebten in Zelten in der Provinz AL-Hasaka im Nordosten Syriens oder hätten das Land in Richtung Europa verlassen. Nun nehme die Türkei den Rest der Provinz in den Blick. „Die Türkei möchte auch diesen letzten multiethnischen und multireligiösen Teil Syriens erobern und wieder Hunderttausende Menschen vertreiben“, so Sido. Nach inoffiziellen Schätzungen lebten bis zum Beginn des syrischen Bürgerkriegs etwa 120.000 Christen in der Provinz AL-Hasaka. Die Gesellschaft für bedrohte Völker kündigte zum 2. Jahrestag der türkischen Invasion in Nordsyrien Mahnwachen an verschiedenen Orten an, darunter am 9. Oktober um 12 Uhr am Brandenburger Tor in Berlin.

Pakistan leistet globale Public Relations für Afghanistans Taliban

International Christian Concern/06.10.2021 - International Christian Concern (ICC) hat erfahren, dass die pakistanische Regierung eine weltweite Aktion gestartet hat, um Unterstützung für die derzeitige Taliban-Regierung in Afghanistan zu gewinnen. Hochrangige pakistanische Institutionen beteiligen sich an diesen Bemühungen durch Reden, Meinungsäußerungen und Interviews sowie durch diplomatische Bemühungen bei westlichen Regierungen. Ein Großteil dieses Vorstoßes dreht sich um die Forderung nach mehr Entwicklungshilfe für Pakistan.

Die Bemühungen kommen zu einem Zeitpunkt, da die Hardliner-Regierung der Taliban beginnt, die Kontrolle über das Land zu übernehmen und ihre Ziele in verschiedenen Teilen Afghanistans durchzusetzen. Die Interimsregierung wurde für verschiedene Manöver kritisiert, darunter die Ernennung eines Kabinetts, das die Vielfalt des Landes nicht widerspiegelt, die Unterdrückung religiöser Minderheiten und von Frauen sowie verschiedene andere Hardliner-Maßnahmen.

In seiner Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen (UNGA) sagte der pakistanische Premierminister Imran Khan über die derzeitige Regierung Afghanistans: "Es gibt nur einen Weg. Wir müssen die derzeitige Regierung stärken und stabilisieren, zum Wohle des afghanischen Volkes".

Auch die Türkei fordert die Anerkennung der Taliban auf der Weltbühne. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan schloss sich Premierminister Khan an und forderte die UN-Generalversammlung auf, die Taliban anzuerkennen. Die Türkei und Pakistan haben in letzter Zeit ihre eigene Allianz gestärkt und arbeiten gemeinsam daran, die Taliban als Akteur auf der internationalen Bühne zu etablieren.

Einige haben argumentiert, dass ein Appell im Namen der Taliban für Pakistan sinnvoll ist, da sich Afghanistan weiter in eine humanitäre Katastrophe hinein entwickelt. Das Land verzeichnet einen erheblichen Preisanstieg bei Grundnahrungsmitteln wie Speiseöl. Die sich abzeichnende wirtschaftliche Katastrophe birgt die Gefahr einer humanitären Katastrophe in der Region in sich. Die Wirtschaft Afghanistans wurde in den letzten Jahren weitgehend durch ausländische Hilfe gestützt, die jedoch mit dem Rückzug der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten Ende August eingestellt wurde.

In Anbetracht dieser Tatsachen hat Premierminister Imran Khan die Welt aufgefordert, die neue Regierung in Kabul zu "stärken und zu stabilisieren". Angesichts der horrenden Menschenrechtsbilanz der Taliban und der von ihnen eingesetzten Hardliner-Regierung werden solche Aufrufe wahrscheinlich unbeantwortet bleiben.

Christen und religiöse Minderheiten in ganz Afghanistan leben in der Angst, von den Taliban verfolgt zu werden. Als die Taliban die Macht im Land übernahmen, wurden Berichte über Drohungen und Einschüchterungen gegenüber der örtlichen Kirche alltäglich. Die Aufrufe der Taliban zu einer Generalamnestie wurden überall mit Misstrauen aufgenommen, und es besteht kaum noch Hoffnung auf eine reformierte Taliban.

Die Christen in Afghanistan bilden eine kleine Gemeinschaft von schätzungsweise 8.000-12.000 Menschen. Die meisten afghanischen Christen sind vom Islam konvertiert. Ihre Konversion macht sie zur bevorzugten Zielscheibe für die Tötung durch die Taliban, da sie als Abtrünnige gelten und nach der extremen Version des Islam durch die Taliban den härtesten Strafen ausgesetzt sind.

Matias Perttula, der Direktor für Rechtshilfe bei International Christian Concern, sagte: "Wir sind zutiefst beunruhigt über die extremistischen Maßnahmen der Taliban gegen Menschenrechte und Religionsfreiheit. Die Aufrufe von Premierminister Khan und Präsident Erdogan, die Taliban-Regierung angesichts ihrer grausamen und erbärmlichen Menschenrechtsbilanz zu unterstützen, sind ein verzweifelter Versuch, das Böse zu legitimieren. Wir sind tief besorgt um das Wohlergehen des afghanischen Volkes und insbesondere der Christen und religiösen Minderheiten. Wir hoffen und beten, dass ihre Rechte und Freiheiten in Zukunft respektiert und geachtet werden. Wir hoffen auf einen besseren Tag für Afghanistan und die Menschen, die dieses Land ihr Zuhause nennen."

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Saudi-Arabien: Weniger Demagogie in Schulbüchern

Israelische Studie: Verteufelungen von Juden und Christen wurden entfernt

Tel Aviv/Riad (IDEA) – In Saudi-Arabien vollzieht sich ein Wandel zu mehr Toleranz. So wurden im vergangenen Jahr in Schulbüchern zahlreiche Abschnitte entfernt oder bearbeitet, die Juden, Christen oder Ungläubige dämonisierten. Das hat eine Untersuchung der israelischen Organisation IMPACT-se (Ramat Gan bei Tel Aviv) herausgefunden, wie die Tageszeitung „Jerusalem Post“ berichtet. IMPACT-se untersucht weltweit die Inhalte von Schulbüchern. Die Lage in Saudi-Arabien beobachtet die Organisation seit 2001. Die Abkürzung IMPACT steht für „Institute for Monitoring Peace and Cultural Tolerance in School Education“ (Institut zur Beobachtung von Frieden und kultureller Toleranz an Schulen). Wie es in der neuen Studie heißt, ist eine Lehrbucheinheit zum Dschihad (Heiliger Krieg) aus dem Lehrplan gestrichen worden. Darin hatten die Autoren Gewalt befürwortet, um den Islam zu verbreiten und muslimische Länder zu schützen. Ebenfalls gestrichen wurde das Verbot von Freundschaften zwischen Muslimen und Juden oder Christen. Sie waren zuvor als „Ungläubige“ und „Feinde Gottes“ bezeichnet worden. Auch Lektionen, die Gewalt und Mord im Namen des Propheten Mohammed rechtfertigten, wurden entfernt.

Studie: Trend zu Reformen setzt sich fort

Der Geschäftsführer von IMPACT-se, Marcus Sheff, schreibt im Vorwort der 77-seitigen Studie unter dem Titel „Ein weiterer Schritt vorwärts“, dass sich der Trend zu bedeutenden Reformen der saudischen Schulbücher, wie man ihn bereits 2020 beobachtet habe, fortsetze: „Wir sind Zeugen einer klaren saudischen Regierungspolitik, ihre Lehrbücher im Einklang mit den Standards der Friedentoleranz in der Schulbildung schnell zu verbessern.“ Die Machthaber in Riad verfolgten das Ziel, saudische Kinder darauf vorzubereiten, positiv mit den verschiedenen Kulturen und Weltanschauungen umzugehen. Die Lehrbuchreform sei dafür ein Schlüsselement.

Weiter problematische Inhalte

Zwar sei viel umstrittenes Material entfernt worden, dennoch gebe es weiter problematische Inhalte. So würden Geschlechtervielfalt, Polytheisten und „Zionisten“ abgelehnt. 73 Prozent der 34,3 Millionen Einwohner Saudi-Arabiens sind Muslime. Nach einer Gallup-Umfrage bezeichnen sich 19 Prozent als „nicht religiös“ und weitere fünf Prozent als „überzeugte Atheisten“. Laut dem Weltverfolgungsindex des christlichen Hilfswerks Open Doors belegt Saudi-Arabien Platz 14.

Südsudan: Gewaltsame Zusammenstöße

Bischof von Tombura-Yambio bittet um Schutz für Priester und Ordensleute

Tombura-Yambio (Fides) - In den letzten Monaten kam es im Bezirk Tombura zu gewaltsamen Zusammenstöße zwischen zwei rivalisierenden Gruppen, die zur Massenvertreibung von Hunderten von Familien führten. Fast 15 % der lokalen Bevölkerung sind in die schweren Gewaltausbrüche verwickelt, die im ganzen Land und insbesondere in der Diözese Tombura-Yambio wüten. "Gewalt, Morde, Hass, Misstrauen, Massenvertreibungen haben den Grad unserer Armut schrittweise auf 97 %, wenn nicht sogar auf 100 % erhöht", so der Bischof der Diözese, Eduardo Hiiboro Kussala, in einem beherzten Appell an die Gläubigen. "Priester, Ordensleute, Katecheten, Seminaristen, kirchliches Personal und andere kommen aus den ethnischen Gemeinschaften, die heute in unserer Diözese leben. Wie werden sie sich inmitten von so vielen Missverständnissen verhalten oder miteinander umgehen? Wie können wir in einem solchen Klima des Misstrauens Mitglieder unserer eigenen ethnischen Gemeinschaft ansprechen, ohne verdächtigt zu werden, oder umgekehrt, ohne von Mitgliedern anderer ethnischer Gruppen gehasst oder mit Misstrauen behandelt zu werden?", fragt sich der Prälat, der deshalb einen veritablen "Leitfaden" verfasst, in dem er betont, dass „Gottes Liebe keine Grenzen kennt“. "Wir brauchen Gott in unserem Leben und müssen uns als seine wahren Gläubigen auf ihn verlassen! Wir müssen Brückenbauer zwischen unseren ethnischen Gemeinschaften sein! Wir sollten uns alle mit Vorsicht wappnen!", so Bischof Hiiboro in seinem Appell an die Priestern, Ordensleuten und Mitarbeiter seiner Diözese.

Stattdessen appelliert der Prälat an die gesamte Bevölkerung, Priester und Ordensleute vor allen Gefahren zu schützen und sie zu respektieren: Man solle sich an die zuständigen kirchlichen Behörden wenden, bevor sie jemanden öffentlich anklagen. Ebenso ermutigt der Bischof die Priester, keinen Anlass zu Missverständnissen zu geben.

"Wer sind wir als Südsudanesen?", fragt sich der Bischof. „Vor, während und nach unserer Unabhängigkeit im Jahr 2011 haben wir kontroverse Themen nie offen diskutiert. Wir haben nie entschieden, welche Art von südsudanesischer Gesellschaft wir wollen. Das ist der Grund, warum die Gesellschaft heute von Ethnien, negativer Politik und anderen falschen oder parasitären Allianzen geprägt ist!“. „Wir ernten die Früchte all der schrecklichen Dinge, die wir erlitten oder ungelöst gelassen haben. An alle Gläubigen appelliere ich, unsere Kirche zu schützen! Die Rolle der Kirche in unserer Gesellschaft ist Gnade! Ich bitte Sie, mir zu helfen, unsere Priester, Ordensleute, Katecheten, Seminaristen, Mitarbeiter und das gesamte Kirchenpersonal zu schützen!", so der Bischof in seinem Appell an die Gläubigen der Diözese.

"Priester und Ordensleute sind keine Engel, sie sind menschlich und verletzlich, wir machen Fehler", bekräftigt er in diesem Zusammenhang. „Jede Art von Problem muss angegangen werden. Wir müssen ein Umfeld schaffen, in dem jeder die Freiheit hat, so zu sein, wie er will, nach den Gesetzen seines Landes oder dem, was sein Gewissen verlangt. Was diese verschiedenen Ausdrucksformen der Kirche eint, ist der Auftrag der Kirche und ihre Vision von Entwicklung", schließt Bischof Hiiboro. "Die Vision von Frieden und Entwicklung gründet auf der allen Menschen innewohnenden Würde, da sie nach dem Bild und Gleichnis Gottes geschaffen sind und den gleichen Wert haben", betont der Bischof abschließend. „Es ist die Vision einer verwandelten Welt, die das Reich Gottes widerspiegelt, in der alle Menschen, Ethnien, Gemeinschaften und die Erde gedeihen können und in der alle Menschen und Institutionen für das Gemeinwohl arbeiten“.

(HK/AP) (Fides 1/10/2021)

Syrien: Der Sohn eines Scheichs wird ein Kind Gottes

Open Doors Schweiz/01.10.2021 – Anwar* ist ein junger Syrer, der von seiner Familie, seinen Verwandten und seiner Gemeinschaft verstossen wurde, weil er zum Christentum konvertierte. Aber seine Hoffnung ist in Jesus.

Anwar* ist 25 Jahre alt. Er stammt aus einer sehr religiösen Familie, die einer alawitischen Gemeinschaft in Syrien angehört. Sein Vater war deren Scheich, das religiöse Oberhaupt. Aber Anwar fand in Jesus Christus den Weg, der zu Gott führt.

Einsam und niedergeschlagen

Anwar denkt an seine trübe Kindheit zurück: «Ich hatte nicht viele Freunde, ich verbrachte viele Stunden mit meinem Handy. Ich war auch sehr religiös, ich betete mit meinem Vater und imitierte seine Gesten.»

Er erinnert sich noch an seine Enttäuschung als Jugendlicher, als er mehr über seine Religion erfahren wollte: Nur ältere Männer, die in die Geheimnisse der alawitischen Lehre eingeweiht sind, erlangen eine tiefere Kenntnis.

Dann kam der Krieg und seine körperliche und geistige Gesundheit verschlechterte sich rapide. Es schien ihm, dass er weder Zukunft noch Hoffnung hatte, und er wollte seinem Leben ein Ende setzen.

Wiedergefundene Freude

Aber Gott hatte einen anderen Plan für Anwar. Eine junge Christin erzählte ihm von Jesus, doch er war anfangs sehr skeptisch. Aber er liess sich allmählich von der Liebe Gottes erfassen. Anwar begann, in seinem Zimmer zu beten, in der Bibel zu lesen und sich Lobpreis anzuhören. In Jesus fand er neue Lebensfreude.

Seine Bekehrung war nicht ohne Risiko: «Falls sie die Wahrheit herausfinden würden, war ich in Gefahr. Man konnte mich töten oder wegstossen, enterben und verstossen.» Seine Befürchtungen bestätigten sich: Als seine Familie herausfand, dass er zur Kirche ging, wurde Anwar von zu Hause fortgeschickt.

Ein neuer Anfang

Auch wenn ihn seine Familie wegen seines Glaubens abwies, hielt Anwar an Gott fest. Durch seine christliche Bekannte fand er eine Unterkunft und eine Arbeit in einem Hoffnungszentrum. Er hat auch eine neue Familie gefunden: die Kirche.

Aus dem traurigen und zurückhaltenden Anwar ist ein strahlender und begeisterter junger Mann geworden. Er bereut seine Entscheidung nicht: «Jesus ist alles für mich: mein Bruder, mein Gefährte, mein bester Freund. Jesus hat mir wirklich das Leben gerettet. Als ich mein Leben beenden wollte, gab er mir Hoffnung für die Zukunft.»

Und er ermutigt uns: «Ich sage all jenen, die Ähnliches erleben: Habt Mut und vertraut auf den Herrn, es lohnt sich wirklich!»

Zentren, die Hoffnung vermitteln

Über zehn Jahre Krieg haben Syrien zugrunde gerichtet. In Partnerschaft mit der Kirche vor Ort eröffnet Open Doors dort Hoffnungszentren, wo Menschen wie Anwar neuen Mut fassen. Seit 2017 sind in 15 Städten 40 Zentren entstanden und mehr als 9000 Familien wurden unterstützt.

In ganz Syrien haben unsere Mitarbeitenden die Gründung von Kleinunternehmen gefördert. Auf diese Weise können viele, die während der Krise ihre Arbeit verloren haben, ihre Familien versorgen.

*Deckname

Quelle: [Open Doors Schweiz](#)

Tadschikistan: ICC fordert die Regierung auf, ihre Grenzen für afghanische Flüchtlinge zu öffnen

International Christian Concern/06.10.21 - ICC-Mitarbeiter an der Grenze zwischen Tadschikistan und Afghanistan versuchen erfolglos, afghanischen Flüchtlingen bei der Flucht vor den Taliban zu helfen. Sie berichteten ICC kürzlich, dass eine Gruppe von fünfhundert bis tausend Hazaris während der Taliban-Übernahme im August 2021 aus Kabul geflohen sei. Nach Angaben der Minority Rights Group International (Internationale Menschenrechts-Gruppe für Minderheiten) waren die Hazaris vor einigen Jahrhunderten die größte ethnische Gruppe in Afghanistan und machten etwa 67 % der Bevölkerung aus. Man geht davon aus, dass sie heute nur noch etwa 9 % ausmachen. Die Hazaris sprechen Dari (afghanisches Persisch) und sind mehrheitlich schiitische Muslime.

Afghanische Christen fürchten weiterhin um ihr Leben. Viele verstecken sich, da Taliban-Mitglieder versucht haben, sie auszusondern, indem sie von Haus zu Haus gingen und nach Gläubigen suchten. Viele christliche Führer haben den Kontakt zu den Mitgliedern ihrer Untergrundgemeinden verloren und fürchten, dass sie zu Märtyrern werden.

Laut dem Bericht des US-Außenministeriums zur internationalen Religionsfreiheit 2020 ist Tadschikistan ein säkularer Staat. "Gemäß der Verfassung hat jeder das Recht, sich einzeln oder gemeinsam mit anderen zu einer beliebigen Religion zu bekennen und an religiösen Bräuchen und Zeremonien teilzunehmen", heißt es in dem Bericht des Außenministeriums. Anfang dieses Jahres hatte das Außenministerium Tadschikistan als besonders besorgniserregendes Land (Country of Particular Concern, CPC) eingestuft, weil es zu Verstößen gegen die Religionsfreiheit gekommen war. Die Einstufung als CPC ist die höchste Einstufung des Außenministeriums im Bereich der Religionsfreiheit. Quellen vor Ort sind jedoch der Meinung, dass Tadschikistan denjenigen, die vor den Taliban fliehen, Hoffnung bietet.

Die Lage in Afghanistan ist schon jetzt katastrophal: Fast die Hälfte des Landes ist von Hungersnot bedroht, und die Taliban haben angekündigt, dass sie zu brutalen Formen der Bestrafung und Hinrichtung zurückkehren werden. Während die Nachbarländer nach wie vor zögern, afghanische Flüchtlinge aufzunehmen, gibt es weiterhin Berichte über Schläge, Vergewaltigungen, Entführungen und Verfolgung.

Während die USA weiterhin Auftragnehmern und afghanischen Staatsangehörigen, die in den letzten zwei Jahrzehnten an den US-Bemühungen beteiligt waren, den Status der Priorität 2 gewähren, müssen religiöse Minderheiten illegal über die Grenze fliehen. Als Sofortmaßnahme fordert der ICC die Regierung Tadschikistans auf, afghanische Flüchtlinge im Einklang mit ihrem verfassungsmäßigen Grundsatz der Religionsfreiheit aufzunehmen.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Vietnam: „Gefangener des Monats Oktober“

Pastor Dinh Diem seit über dreieinhalb Jahren in Haft



Pastor Dinh Diem aus Vietnam, Foto: IGFM

Frankfurt am Main/Wetzlar (IDEA) – Zum „Gefangenen des Monats Oktober“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA den evangelisch-lutherischen Pastor Dinh Diem aus Vietnam benannt. Sie rufen dazu auf, für ihn einzutreten und zu beten. Er befindet sich seit über dreieinhalb Jahren in Haft. Beamte der Provinzpolizei nahmen Diem am 5. Januar 2018 fest, nachdem er zuvor bereits von den Behörden gegängelt und observiert worden war. Die Polizisten schlugen bei dem Einsatz seinen damals elfjährigen Sohn, als dieser Diems Bruder über die Festnahme informieren wollte. Am 12. Juli 2018 erfolgte dann das harte Urteil: Ein Gericht der zentralvietnamesischen Küstenprovinz Quang Ngai verhängte gegen den Pastor 16 Jahre Gefängnis, weil er sich angeblich an Aktivitäten beteiligt habe, die sich gegen die kommunistische Regierung richteten. Er habe sich in einer Gruppe Oppositioneller führend für den interreligiösen Dialog in Vietnam eingesetzt. Diem und seine Familie bestreiten die Vorwürfe. Im Gefängnis wurde der zweifache Vater gefoltert, um ihn zu einem Geständnis zu bringen. Offiziell garantiert die Verfassung des kommunistisch regierten Landes Glaubens- und Religionsfreiheit. Doch der christliche Glaube wird häufig als westliche Religion angesehen und abgelehnt. Die IGFM und IDEA rufen dazu auf, in Briefen an den vietnamesischen Präsidenten Nguyen Xuan Phuc die Freilassung des Pastors zu fordern. Von den rund 97 Millionen Einwohnern Vietnams sind die meisten Buddhisten oder Anhänger von Stammes bzw. Naturreligionen. Neun Prozent sind Christen.

[Musterbrief Deutsch](#)

[Musterbrief Englisch](#)

Weltweit: 15 Tage Gebet für die hinduistische Welt

Mehrheit der 1,1 Milliarden Hindus bisher ohne Zugang zum Evangelium

Sinsheim (IDEA) – Christen in aller Welt wollen auch in diesem Jahr vom 24. Oktober bis zum 7. November für die hinduistische Welt beten. Träger der Aktion sind im deutschsprachigen Raum die Evangelischen Allianzen in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Evangelikale Missionswerke unterstützen die Initiative, die unter dem Motto „15 Tage Gebet für die hinduistische Welt“ steht. Das Missions- und Hilfswerk DMG interpersonal (früher: Deutsche Missionsgemeinschaft) mit Sitz im nordbadischen Sinsheim hat einen Gebetsleitfaden erstellt, der kostenlos erhältlich ist. Die mehr als eine Milliarde Hindus stellen rund 15 Prozent der Weltbevölkerung. Die meisten leben in Indien, Nepal und Bangladesch. Ihre Zahl im deutschsprachigen Raum liegt bei etwa 200.000. Anlass für die Gebetsaktion ist das „Fest der Lichter“ (Diwali), das als das wichtigste im Hinduismus gilt. Es wird in diesem Jahr vom 4. bis 8. November gefeiert. Dabei werden überall kleine Öllampen als Zeichen dafür entzündet, dass das Licht über die Dunkelheit siegt. In dem Gebetsleitfaden heißt es, dass die Hindus die „zweitgrößte, am wenigsten erreichte religiöse Gruppe der Welt“ seien. Nur etwa zwei Prozent der „kulturübergreifenden Missionare“ konzentrierten sich darauf, ihnen von Jesus Christus zu erzählen. Die Mehrheit der Hindus sei also immer noch „ohne einen für sie verständlichen Zugang zum Evangelium“. In diesem Jahr steht die Familie im Hinduismus im Mittelpunkt. Vorgestellt werden unter anderem der Umgang mit Witwen und Waisen und auch die im ländlichen Indien üblichen arrangierten Ehen.

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]